

GENUG statt MEHR?

Die ökosoziale Konvention zur Europäischen Agrarpolitik

Unsere Zeit ist von extremen Gegensätzen geprägt: Auf der einen Seite rollt die Welle des sogenannten „Neo-Liberalismus“, worunter ein Rückfall in einen für überholt geglaubten Kapitalismus verstanden wird. Er kennt als Antriebsfeder ausschließlich den Profit der Aktionäre („shareholder value“). Unter dem Schlagwort der Globalisierung kommt es gerade zu einer Kettenreaktion an Fusionen von Megakonzernen mit Tausenden Milliarden Schilling an Umsätzen.

Gleichzeitig gibt es aber auch eine zwar nicht so spektakulär sichtbare, aber doch in der Tiefe wirkende Gegenströmung, die vor allem in einer völlig gegensätzlichen Geisteshaltung und Lebensauffassung

Josef Riegler

begründet ist: Was ist wirklich maßgeblich für die Sinnerfüllung menschlichen Lebens, brauchen wir nicht wieder insgesamt eine Grundhaltung des „GENUG“ statt der Manie des ständig „MEHR“?

In der konkreten wirtschaftlichen Auswirkung ist diese „Gegenströmung“ erkennbar in einer Vielzahl von Eigeninitiativen wie beispielsweise Direktvermarktung bäuerlicher Produkte, biologischer Landbau, Einsatz nachwachsender Ener-

gie im Sinne Nutzung heimischer Ressourcen und Aufbau regionaler Energiekreisläufe (Nutzung von Waldhackgut für Nahwärmeversorgung etc.).

Multifunktionale Land- und Forstwirtschaft – was heißt das?

Die Land- und Forstwirtschaft, als ein den Naturgesetzen unterworfenen Wirtschaftssektor, ist von den derzeitigen Tendenzen einer ausschließlich auf Kapitalprofit und Freihandel ausgerichteten Wirtschafts- und Handelspolitik besonders betroffen.

Andererseits steigen die Anforderungen seitens der Gesellschaft bzw. der politischen Entscheidungsinstanzen in bezug

auf Qualität, Umwelt- und Tierschutz sowie die sogenannten „überwirtschaftlichen Funktionen“ der Land- und Forstwirtschaft in Europa ständig an. Ganz besonders betrifft das die Land- und Forstwirtschaft im Alpenraum.

Im Zuge der GATT-Uruguay-Verhandlungsrunde wurde im Jahr 1989 der Begriff der „multifunktionalen Land- und Forstwirtschaft“ geprägt, um ein Gegengewicht zu den einseitigen Liberalisierungsbestrebungen der großen überseeischen Agrarexporture zu haben.

Merkmale

Marktproduktion

im Bereich Lebens- und Futtermittel,

Kleinräumige regionale wirtschaftliche Kreisläufe

Produkte von Bauern aus der Region

Nicht marktgängige Güter und Dienstleistungen im Sinne einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft

Wohin steuert die EU-Agrarpolitik?

Seit 1995 tobt die Auseinandersetzung um die weitere Gestaltung der Gemeinsamen Agrar-

politik der EU. *Zur Erinnerung:*

Die Agrarpolitik ist der einzige Bereich, der vom Beginn der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den 60er Jahren an von der EU zentral gestaltet und entschieden wird. Erst 1988 kam als weiteres Aufgabengebiet der EU die Förderung benachteiligter Regionen dazu. Darin liegt auch die Begründung, daß das ohnehin äußerst niedrige Budget der EU (maximal 1,27% des Bruttoinlandsproduktes der Mitgliedstaaten) vorwiegend für diese beiden Aufgabenbereiche eingesetzt wird.

Im Dezember 1995 hat die EU-Kommission einen sogenannten „**Optionenbericht**“ für die Aufgabe der **Osterweiterung** und die weitere Gestaltung der **Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)** vorgelegt:

Option 1: „Status quo“

Option 2: „Radikale Reform“
Von Großbritannien aber teilweise auch von Schweden, Dänemark und den Niederlanden sowie von wichtigen außerlandwirtschaftlichen Kräften der Wirtschafts- und Finanzwelt betrieben, verfolgt das Ziel, die Landwirtschaft möglichst „radikal“ einem völlig liberalisierten Weltmarkt zu unterwerfen.

Option 3: „Weiterentwicklung der Reform 1992“

Die EU-Kommission spricht sich in ihren Überlegungen, insbesondere auch in den Vorschlägen im Rahmen der

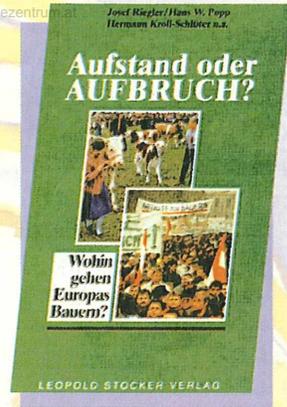
„**Agenda 2000**“, für diese Option aus. Allerdings wird als Strategie die fast ausschließliche Orientierung auf den Weltmarkt und von daher begründet eine radikale Senkung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise (Getreide minus 20% nach bereits erfolgten minus 30% aus der Reform '92, Rinder minus 30%, Milch minus 20%) verfolgt. Ein „Hintergedanke“ für diese Strategie mag auch darin liegen, daß durch eine solche Preispolitik die angestrebte **Osterweiterung** im Bereich der Agrarproduktion erleichtert würde.

Ökosoziale Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU

Die erkennbaren Tendenzen in der Umgestaltung der GAP waren für mich und eine Gruppe ähnlich gesinnter Menschen aus Österreich, Deutschland, der Schweiz, Südtirol etc. der Anlaß, um eine „**Gegenstrategie**“ zu formulieren. Wir haben unser Modell (siehe Kasten Seite 16) – getragen vom „**Ökosozialen Forum Österreich**“ und dem „**Ökosozialen Forum Niederaltreich/Bayern**“ – u.a. im Buch: „**Aufstand oder Aufbruch? – Wohin gehen Europas Bauern?**“ dargelegt.

Eckpunkte der „Ökosozialen Reform“

- **Umwelt- und tiergerechte Produktion** mit hoher und gesicherter Qualität für die Konsumenten. Deshalb



Josef Riegler, Hans W. Popp, Hermann Kroll-Schlüter u.a.:

**Aufstand oder Aufbruch
Wohin gehen Europas Bauern?**

Leopold-Stocker-Verlag
232 Seiten, kart.
ISBN 3-7020-0764-4
Preis: ATS 218,-



Josef Riegler u.a.:

Ökosoziale Marktwirtschaft

Leopold-Stocker-Verlag
2. Auflage, 150 Seiten, 30 Grafiken, kart.
ISBN 3-7020-0732-6
Preis: ATS 158,-

BUCHTIP

gleich strenge **Qualitätsrichtlinien für alle EU-Mitgliedstaaten** sowie eine **strikte Kennzeichnung**.

Wir halten eine schrankenlose Massenproduktion insbesondere auch wegen der Belastung der europäischen und Weltmärkte für kontraproduktiv und bekennen uns daher zu einer **vernünftigen Mengendisziplin** in den Bereichen Getreide, Milch und Rinderproduktion, verlangen aber gleichzeitig, daß insbesondere für die sinnvolle Nutzung der Ackerflächen **Produktionsalternativen** im Bereich nachwachsender Energie und nachwachsender Rohstoffe aufgebaut werden.

Das **Einkommen der Bauern** sollte sich einerseits auf den Erlös aus der Produktion und andererseits auf die **objektive Bezahlung** der überwirtschaftlichen Dienstleistungen (Multifunktionalität!) ausrichten.

Dieses „**Europäische Modell**“ einer multifunktionalen Land- und Forstwirtschaft müßte **international** – vor allem im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO – **abgesichert** werden.

Verlagerung der Steuerlast

Die Aussagen des Schweizer Industriellen und **Begründers** des „**World Business Council for Sustainable Development**“, **Dr. Stephan Schmid-**

heiny beschreiben exakt mein Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft:

„Hier liegt der Schwachpunkt der heutigen Situation: Rohstoffe und Energie sind in realer Kaufkraft gemessen in den letzten hundert Jahren immer billiger geworden, während der Preis der Arbeitskraft – Lohn- und Sozialabgaben – auf das Fünfzigfache gestiegen ist. Es ist daher kein Wunder, daß die Wirtschaft mit der Arbeitskraft äußerst häuslicher umgeht, das heißt, alles unternimmt und keine Investitionen scheut, um mit weniger Arbeitskräften auszukommen. Dafür nimmt sie in Kauf, daß sie mehr – billige – Energie und Rohstoffe verbraucht. Dies ist nicht nachhaltig!“

Im weiteren sollten die externen Kosten internalisiert und damit von der Allgemeinheit auf die Verursacher überwältigt werden. Dies sollte möglichst nicht durch Vorschriften und Gesetze, sondern durch marktwirtschaftliche Instrumente geschehen, z. B. durch eine langsame Verlagerung der Steuerlast von Arbeit und Kapital auf die Ressourcen, insbesondere auf die Energie. Damit würde der Anreiz zur Öko-Effizienz erhöht und gleichzeitig der strukturellen Arbeitslosigkeit entgegen gewirkt werden.

(gekürzt)

Autor: Vizekanzler a.D. DI Josef Riegler, Präsident des Ökosozialen Forums

Die sieben Thesen der Ökosozialen Konvention

Dieses „geistige Gegenmodell“ einer Ökosozialen Reform der GAP baut auf den Grundsätzen der „Ökosozialen Konvention zur Europäischen Agrarpolitik“ des Ökosozialen Forum Niederaltich auf:

1. Agrarpolitik ohne Perspektive gefährdet die Lebensgrundlage.
2. Landwirtschaft ist heute zum Seismographen einer Entwicklung geworden, die korrigiert werden muß. Es fehlt die Balance zwischen Ökologie und Ökonomie.
3. Grenzenloses Wachstum zerstört unsere Lebensgrundlagen. Fortschritt braucht Begrenzung (Nachhaltigkeit!).
4. Freihandel ohne gemeinsame, ökologische und soziale Standards wird zur Gefahr. (50% des internationalen Handels = gleichartige Güter).
5. Wir wollen den ökosozialen Weg beschreiten. Ökosoziale Marktwirtschaft verbindet die Dynamik des Marktes mit den wirksamen Mitteln zum Schutz der Umwelt und sozialer Fairneß.
6. Nicht alles was möglich ist, ist nötig. Die ökologische Ordnung kennt natürliche Grenzen, also muß es auch ökonomische Grenzen geben.
7. Wichtig ist ganzheitliches Denken in großen Zusammenhängen und Zeiträumen.

Alles neu macht das MAI?

Was kommt durch das Multilaterale Investitionsabkommen auf uns zu?

Noch 1998 will die OECD das MAI fertig stellen. Ob das gelingt ist fraglich, denn die Interessenswidersprüche zwischen EU und USA und der Widerstand von Gewerkschaften, Parlamentariern und NGO's aus über 65 Ländern könnten die Verhandlungen zum Scheitern bringen. Ebenso lehnte das Europaparlament den derzeitigen Vertragsentwurf im März 98 mit großer Mehrheit ab.

Die Industrieländer bemühen sich, die völlige Liberalisierung der Regeln für transnationale Investoren durchzusetzen. Dazu hat die Welthandelsorganisation WTO eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in der OECD wird seit 1995 über ein Multilaterales Investitionsabkommen verhandelt. Hintergrund ist die weltweite Liberalisierung und Marktöffnung für ausländische Privatinvestitionen in den 90er Jahren: Dadurch wurde ein rasantes Wachstum von Investitionen besonders in südlichen Ländern – begünstigt. Deshalb richten sich die Hoffnungen vieler Regierungen angesichts sinkender Entwicklungshilfegelder auf private (Auslands-)Investoren.

Daß dabei keineswegs automatisch eine umweltgerechte und soziale Entwicklung gefördert wird, sondern häufig das

Gegenteil, zeigen viele Erfahrungen.

Mit dem MAI soll nun sozusagen die dritte Säule weltwirtschaftlicher Regulierung – neben der WTO und dem Internationalen Währungsfonds IWF – errichtet werden.

Gefährliche Konsequenzen

Die Kritiker warnen vor den **ökologischen, sozialen und ökonomischen** Konsequenzen des Abkommens:

Das MAI ist inakzeptabel, da es auf eine einseitige Privilegierung der Interessen von Investoren zielt, während soziale, ökologische und andere gemeinwohlorientierte Gesichtspunkte praktisch keine Rolle spielen.

Nachhaltige Entwicklung, die seit der Weltkonferenz in Rio das Leitbild aller interna-

Der Report zum Thema

Rainer Engels, Jens Martens, Peter Wahl, Michael Windfuhr
Hrsg. WEED Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. und Germanwatch, Bonn, 1998
ISBN 3-9804490-5-x, Preis: DM 8,- + Versand
Bestellung: WEED, Berta v. Suttnerpl.13, D-53111 Bonn, Tel 0228/766130 oder Germanwatch, Budapesterstr. 11, D-53111 Bonn, Tel. 00604920

tionalen Abkommen sein soll, wird ignoriert oder verhindert.

Es ist unbestritten, daß die in den letzten Jahren rasant wachsenden internationalen Investitionsströme einer Regelung bedürfen. Das wirtschaftliche Potential der Direkt-Investitionen beinhaltet die große Chance, zum wirtschaftlichen Wohlergehen beizutragen. Aber es muß in den Dienst einer sozial gerechten und umweltverträglichen Entwicklung gestellt werden. Dies ist vom MAI weder beabsichtigt, noch kann der Verhandlungstext (Fassung Februar 98) eine sinnvolle Grundlage für ein solches Abkommen sein.

Bearbeiteter Auszug aus: „Alles neu macht das MAI?“ Das Multilaterale Investitionsabkommen – Informationen, Hintergründe, Kritik – HA –

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Natur und Land \(vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz\)](#)

Jahr/Year: 1998

Band/Volume: [1998_4](#)

Autor(en)/Author(s): Riegler Josef

Artikel/Article: [Genug statt Mehr? Die ökosoziale Konvention zur Europäischen Agrarpolitik 14-17](#)